

## Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Stadler  
Kolleginnen und Kollegen

### **betreffend sofortigen Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei**

eingebraucht im Zuge der Debatte zum Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (111 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2009 (Bundesfinanzgesetz 2009 – BFG 2009) samt Anlagen (200 d.B.) in der 23. Sitzung des Nationalrates am 26. Mai 2009

Bereits vor Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei war es mehr als offensichtlich, dass die Türkei nicht Vollmitglied der Europäischen Union werden kann. Denn wie bereits der am 6. Oktober 2004 vorgelegte Bericht der Europäischen Kommission deutlich machte, konnte und kann die Türkei die Erfüllung der dafür erforderlichen Kriterien nicht erreichen.

Umso unverständlicher war daher die Empfehlung der Europäischen Kommission, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen. Dies hatte zur Folge, dass auf Basis des Fortschrittsberichts, der Beurteilung sowie der Empfehlung der Kommission von den Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat unter niederländischem Vorsitz anlässlich des Dezembergipfels 2004 beschlossen wurde, mit der Türkei am 3. Oktober 2005 Beitrittsverhandlungen zu beginnen.

Dies obwohl die Türkei von der Verwirklichung einer institutionellen Stabilität im Sinne einer demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung, der erforderlichen ökonomischen Stabilität sowie von der Erreichung der sozial- und gesellschaftspolitischen Maßstäbe, die an ein potentielles Mitglied der Europäischen Union anzulegen sind, noch weit entfernt ist. Insbesondere im Bereich der Menschenrechte bestätigte selbst der Bericht der Kommission noch Defizite.

Der am 8. November 2006 vorgelegte Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission fällt nicht wesentlich besser aus. Weiterhin finden Folter außerhalb von Gefängnissen sowie Menschenrechtsverletzungen insbesondere im Südosten des Landes statt. Es gibt Berichte über Fälle von Misshandlungen durch Gefängnispersonal. Meinungsfreiheit nach europäischen Standards ist mit dem bestehenden Gesetzesrahmen nicht garantiert. Auf nach wie vor mangelnde Unabhängigkeit der Justiz wird hingewiesen. Nicht-moslemische Religionsgemeinschaften haben noch immer keine Rechtspersönlichkeit und sind weiter mit Einschränkungen bei den Eigentumsrechten konfrontiert. Zu keinen besseren Ergebnissen kam der Fortschrittsbericht vom November 2007, der weiterhin bestehende Defiziten unter anderem im Bereich der Minderheitsrechte, im Bereich der Rechte von Kindern und Frauen, fehlende politische Reformen sowie Probleme der Korruption in den Vordergrund der Kritik stellte.

Auf Grundlage des Fortschrittsberichts 2008, der im übrigen angesichts des Reformstillstandes in der Türkei bzw. Rückschritts in vielen Bereichen diese Bezeichnung wohl schwerlich verdient, beschloss zuletzt am 12. März 2009 das Europäische Parlament eine Entschließung, in welcher man insbesondere besorgt

ist, dass in der Türkei während drei aufeinanderfolgenden Jahren eine kontinuierliche Verlangsamung des Reformprozesses zu verzeichnen sei, in welchem man bedauert, dass die umfassenden Reformen der Verfassung in einem Streit über das Kopftuch endeten und zu einer weiteren Polarisierung der Gesellschaft führten. Darüber wird kritisiert, dass die türkische Regierung keine Strategie zur Bekämpfung der Korruption vorlegte, dass die Meinungs- und Pressefreiheit noch immer nicht vollständig geschützt sind und es die Justiz unterlässt, die wachsende Zahl der Fälle von Folter und Misshandlungen zu verfolgen.

Die einzig richtigen Schlüsse aus dieser Zustandsbeschreibung der Türkei ziehend haben nunmehr der französische Staatspräsident Sarkozy sowie seine Amtskollegin Bundeskanzlerin Merkel die verbale Notbremse gezogen und sich einmal mehr gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei ausgesprochen. „Wir brauchen ein gut organisiertes Europa. Das heißt aber auch, dass wir uns nicht grenzenlos erweitern können. Wir sollten der Türkei nicht weiter leere Versprechungen machen,“ so Sarkozy kürzlich in einem Interview mit der „Bild am Sonntag.“

Genau in diese Richtung stößt auch die deutsche Bundeskanzlerin, die mit den Worten, „Es macht keinen Sinn, wenn die EU um immer mehr Mitglieder erweitert werde, aber nicht mehr handlungsfähig ist,“ ihre ablehnende Haltung gegenüber einem Beitritt der Türkei zur Europäischen Union klar zum Ausdruck brachte, und sich für eine privilegierte Partnerschaft der EU mit Ankara statt einer Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union aussprach.

Vor diesem Hintergrund ist es mehr als unverständlich, dass die österreichische Bundesregierung sich nicht für einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ausspricht und damit offensichtlich einen Vollbeitritt der Türkei zur Europäischen Union weiterhin unterstützt.

Vor dem Hintergrund der dargelegten Fakten wären jedoch anstelle von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, die umgehend abzubrechen sind, Verhandlungen mit der Zielrichtung einer primärrechtlich verankerten verstärkten Zusammenarbeit in Form einer privilegierten Partnerschaft mit der Türkei der einzig vertretbare und damit ehrlichere Weg.

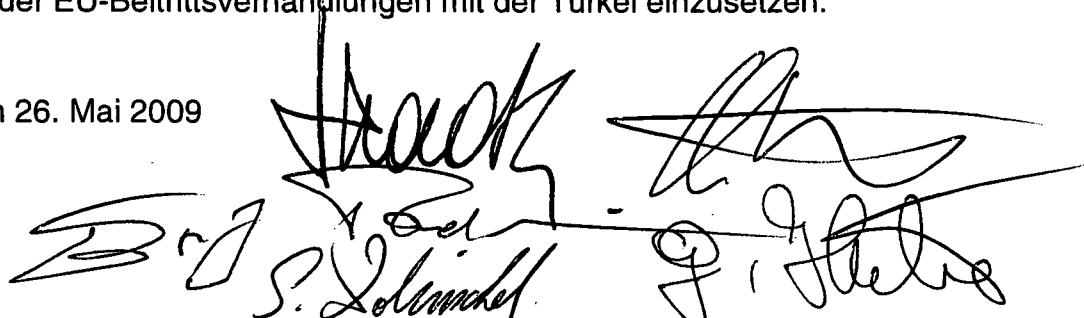
Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Österreichs und offensichtlich auch im Sinne des türkischen Außenministers Ali Babcan, der am 15. April 2009 bei einem Vortrag in der Diplomatischen Akademie in Wien erklärte, dass die Türkei in Zusammenhang mit eine allfälligen EU-Mitgliedschaft nicht die dringende Notwendigkeit verspüre, Mitglied von irgendwas zu werden, stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

### Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundeskanzler sowie der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten werden aufgefordert, sich auf Europäischer Ebene, bei den jeweiligen Ratsformationen bzw. beim Europäischen Rat für einen sofortigen Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei einzusetzen.“

Wien, am 26. Mai 2009



The image shows several handwritten signatures in black ink. The most prominent one is a large, stylized signature that appears to be 'H. K. ...'. Below it, there are several other signatures, including one that clearly reads 'S. Lohmeyer'. The signatures are written over a horizontal line.